



Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.

„Stadtumbau – Anpassungsstruktur in Städtebau und Infrastruktur“

**Kurzstatement
von Lutz Trümper
Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg,
im Rahmen der Paneelveranstaltung
„Kommunen im demografischen Wandel“**

**auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK
am Samstag, dem 18. März 2006, in Hannover**

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem der ländliche Raum zu Wort gekommen ist, habe ich die Aufgabe, mal aus Sicht einer ostdeutschen Kommune, einer Großstadt – Magdeburg, Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt – auf die Entwicklungen hinzuweisen, die in den letzten 15, 16 Jahren passiert sind und warum wir überhaupt über Stadtumbau in ostdeutschen Städten reden.

Ich habe gestern durch Herbert Schmalstieg mitbekommen, dass ein Oberbürgermeister, wenn er Gäste in seiner Stadt hat, natürlich sagt, seine Stadt ist der Mittelpunkt der Welt. Das sage ich in Magdeburg auch immer, wenn ich Gäste habe. Wenn wir die Gäste in der Stadt haben ist das dann auch so. Ich will auch darüber sprechen, was wir in 15 Jahren hinbekommen haben: Wir haben Investitionen in Straßen, in die Infrastruktur, Wasserversorgung, Telefonversorgung, Theater, Sportstätten, Schulen, nicht alle, aber ein Großteil getätigt. Dies ist alles in einem Zustand, wo man sagen kann: wunderbar, daneben Wohnungen, Hotels, die überwiegende Zahl neu oder saniert: wunderbar.

Und wir haben, das war das Thema eben von der Oberbürgermeisterin der schönen Stadt Bonn, was Kinderbetreuung betrifft, in Magdeburg und Sachsen-Anhalt eine 100-Prozent-Versorgung. Wir haben rechtsstaatlich für jeden einen Kindergartenplatz von null bis 14 garantiert, im Kindergartenbereich, im Krippenbereich und auch im Hortbereich. Das heißt, das Thema der Ganztagsbetreuung von null bis 14 ist bei uns kein Thema.

Wir haben das, aber wir haben trotzdem ganz andere Probleme. Damit will ich eine kleine Warnung aussprechen. Wir dürfen nicht denken, dass mit der Versorgung von Kindergartenplätzen und Ganztagschulen das Problem gelöst ist. Es ist eine Facette, aber für uns nicht die entscheidende.

Normalerweise höre ich, nachdem ich die Stadt bei den Gästen gelobt habe, an der Stelle auf zu erzählen. Da wir aber hier „nicht öffentlich“ sind, will ich eine Sache anschließen.

Wir haben nicht nur in Magdeburg – ich glaube, ich kann da für Leipzig, für Dresden, für Halle sprechen, da weiß ich ziemlich genau, wie die Verhältnisse sind. In Leipzig 40.000 leerstehende Wohnungen – wir haben 20.000. Dresden hat 40.000 leerstehende Wohnungen, trotz des Verkaufs, den wir in den letzten zwei Tagen immer wieder diskutiert haben. Wir haben 20.000, diese sollen über den Stadtumbauprozess abgebaut, abgebrochen, abgerissen werden, um die harten Worte auch zu nennen.

Wir haben von 1990 bis heute eine Reduktion der Bevölkerung von 280.000 auf 230.000 Einwohnern hinnehmen müssen. Die sind nicht alle in den Westen gegangen, ganz und gar nicht. Das waren in den ersten Jahren vielleicht geschätzt fünf- bis zehntausend. Dann gab es aber – das macht das Problem für den Osten besonders gravierend – ungefähr 25.000, die im Umland der Stadt Häuser gebaut haben, im so genannten Speckgürtel. Dazu kommt der dritte Faktor, der für uns alle der entscheidende ist, die Geburtenrate ist dramatisch zurückgegangen.

Heute müssen wir konstatieren: 20.000 leerstehende Wohnungen. Das Stadtumbauprogramm soll dazu beitragen, dieses Problem zu lösen. Es wird es nach dem Auslaufen des Programms 2009 nicht gelöst haben. Die Schätzungen gehen bei uns davon aus, dass maximal die Hälfte damit bewältigt werden kann. Was danach kommt, ist offen. Darüber wird zu reden sein.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Arbeitsplatzzahlen sagen, die wir in der Stadt haben. Die Quote Arbeitsplatz pro Einwohner ist mit der in Hannover vergleichbar. Wir haben bei 230.000 Einwohnern 100.000 Arbeitsplätze in der Stadt. Trotzdem gibt es 20 % Arbeitslosigkeit. Jetzt sage ich noch mal einige Zahlen dazu, die wirklich alarmierend sind. Wir haben 27.000 erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger in der Stadt.

Ich habe das Problem, dass ich vorher 30 Millionen Sozialhilfe bezahlen musste und jetzt 70 Millionen Unterkunftskosten. Das ist die ganz harte Realität. Wie die Differenz ausgeglichen wird, darüber ist zu reden. Die 29 % reichen bei uns nicht. Wir machen damit kein Plus, sondern Minus. Damit ist die

spannende Frage, wie kriegen wir es gelöst, dass wir die Differenziertheit der Städte in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen.

Bei dem angefangenen Stadtumbauprogramm haben wir zunächst mal gefragt: Wie kriegt man die Eigentümerinteressen mit denen der Stadt übereinander? Diese Interessen sind ja nicht gleich. Die Eigentümer wollen ja nicht gerade da abreißen, wo wir stadtentwicklungsmäßig den dringenden Bedarf haben. Das hat zwei Jahre gedauert, mit den Eigentümern – Genossenschaften, unserer städtischen Gesellschaft und den Privaten – festzulegen, welche Häuser in den nächsten zehn Jahren vom Markt genommen werden können. Dieser Prozess hat begonnen. Es gibt auch in der Stadt eine enorm differenzierte Herangehensweise. Es gibt einen Stadtteil in Magdeburg, der hatte 1988 30.000 Einwohner jetzt aber nur noch 12.000. Dann gibt es einen zweiten Stadtteil, der hatte 5.000 heute allerdings 12.000. Es gibt auch in der Stadt enorme Bewegung, die man sich anschauen muss, wo am Rande der Stadt in Plattenbausiedlungen Wohnungen weggenommen werden müssen und in anderen Gebieten durch Eigenheimbau natürlich auch Wohnzuwachs und Zuwachs an Kindern passiert.

Das führt auch dazu, dass wir uns über die Frage der Kindergarten- und Schulstandorte Gedanken machen müssen. Wir haben allein bis 2008 in Magdeburg den Bedarf 38 Schulen zu schließen. Für ein Schulgebäude, das leer ist, gibt es kaum einen Bedarf. Die stehen in der Regel leer und wir haben keine Nachnutzung dafür.

Das sind alles Themen, die bei uns im Focus stehen. Jetzt darf ich noch mal einen Punkt hinzufügen, weil der jetzt auch gerade sehr aktuell ist – die Steuerproblematik.

Wenn man das Problem bewältigen will und den Stadtumbau organisieren will, braucht man zumindest den Eigenanteil, den die Kommune aufbringen muss. Der liegt bei einem Drittel. Das machen wir trotz Haushaltskonsolidierung. Und die ist das Problem, weil wir ab 2001 einen dramatischen Steuereinbruch hatten. Wir haben 450 Millionen Verwaltungshaushalt und hatten 2003 ein Gewerbesteueraufkommen von 35 Millionen. Das war ein Einbruch von über 20 Millionen bei der Gewerbesteuer. Gleichzeitig wurde die Zuweisung des Landes ebenfalls um 20 Millionen reduziert. Das macht ein Haushaltsdefizit von 50 Millionen, was man jedes Jahr fortschreibt. Das häuft sich bis heute auf 150 Millionen auf. Jetzt haben wir ein Konsolidierungskonzept, das bis 2014 läuft. Das heißt, ich darf eigentlich bis 2014 keine einzige freiwillige Aufgabe mehr finanzieren und darf nichts Neues anfangen. Dies ist die Problematik, mit der man umgehen muss.

Es gibt zum Glück Sonderregelungen, damit wir nicht zum Stillstand kommen, dass wir auch in der Konsolidierungsphase die Auflassung vom Land bekommen, das eine oder andere machen zu können. Aber es zeigt, dass die Differenziertheit der Problematik, die wir im Moment in Deutschland haben ganz beachtlich ist. Es gibt auch nicht in allen ostdeutschen Städten die gleichen Probleme. Potsdam als „Rand-Berlin“ hat das natürlich nicht. Da gibt es kaum Wohnungsleerstand. Potsdam ist das Umland von Berlin. Aber bei den meisten Städten, die ich kenne, tauchen die Probleme in ähnlicher Weise auf. Von daher wird Stadtumbau Ost, glaube ich, nicht in 15 bis 20 Jahren das Vorbild für die westdeutschen Städte sein. Da geht das alles sehr viel langsamer und nicht in der Kompaktheit voran, in denen wir die Probleme die sich potenzieren bewältigen müssen.

Trotzdem, das sage ich auch mit Selbstbewusstsein, sind wir nicht geneigt, uns zu verstecken. Wir werden die Probleme lösen. Die Stadt Magdeburg hat in ihren 1.200 Jahren Geschichte schon so manches durchstehen müssen und wir werden auch dieses Problem bewältigen. Aber wir dürfen davon ausgehen, dass man mit der jetzigen Rechtssituation, mit den Steuereinnahmen, die wir haben, die die ostdeutsche Städteproblematik insgesamt betreffen, das auf die einfache Art und Weise, wie das heute auch nach der Steuerreform und nach Hartz IV einige westdeutsche Städte hinbekommen haben, nicht lösen können. Darum brauchen wir auch im Städtetag differenzierte Lösungen und differenzierte Annahmen.

Stadtumbau ist also eine interessante Aufgabe. Sie betrifft alle Bereiche. Sie betrifft den Wohnbereich, Schulbereich, Kindergartenbereich, die Infrastruktur, die Wasserversorgung. Das muss alles umstrukturiert werden. Es ist eine ganz spannende Aufgabe, hat aber auch die Chance, in bestimmten Stadtteilen Sünden der Vergangenheit korrigieren zu können. Wir sind dabei das zu tun, mit allen Eigentümern der Stadt, auch mit unserer eigenen Wohnungsbaugesellschaft. Aber ich habe gestern ein

stückweit, als Christian Ude über Dresden gesprochen hat, natürlich schon überlegt: Wenn eine Stadt mit den Problemen, die ich eben beschrieben habe, die Chance hat, auf einen Schlag alle Schulden loszuwerden und wieder eigene Handlungsfähigkeit zu bekommen mit 70 Millionen weniger Zins und Tilgung und das über einen langen Zeitraum, dann muss man natürlich auch ein stückweit Verständnis dafür haben, diese Chance zu ergreifen. Man denkt ja auch nicht unbedingt an die Zeit nach 20 Jahren, sondern zunächst erst mal in Zeiträumen von fünf bis zehn Jahren. Da ist das für Dresden schon eine Situation wie ein Befreiungsschlag. Die können jetzt wieder Schulen bauen, die können Kindergärten bauen, was sie bisher in der Konsolidierung nicht durften. Man möge das bitte auch bei der Beurteilung der Situation mit einbeziehen.

Herzlichen Dank. Ich glaube, wir haben heute voneinander eine ganze Menge gelernt und wissen auch, dass wir als Sozialdemokraten die Themen mit beeinflussen werden, aber auch dazu aufgerufen sind, bei allen Schwierigkeiten die Probleme zu lösen. Herzlichen Dank.